Kein Klimaschutz, aber mehr Energieverbrauch: Energiewende scheitert krachend weltweit und lokal

NAEB-Mitglied werden und NAEB-Rundbrief per E-Mail empfangen [2]

Die Medien berichteten in großer Aufmachung, dass die festgelegten Reduzierungen der CO₂-Emissionen mit der Energiewende bis zum Jahr 2030 unerreichbar sind. Aber sie verschweigen, dass die Stromkosten für die Bürger immer weiter steigen und die Versorgungssicherheit schwindet. Vorrang hat für sie die vorgebliche "Rettung des Weltklimas".

Vorgeblich, weil der Bundesrechnungshof mehrfach beanstandet hat, dass Erfolgskontrollen über die Milliarden Euro schweren staatlichen Aufwendungen für die Energiewende fehlen. Es gibt keine offiziellen Messungen der Minderung von CO₂-Emissionen, sondern die verwendeten Werte sind ausschließlich über Koeffizienten aus der erzeugten Strommenge (in kWh) bzw. über Brennwert-Angaben bei Öl und Gas ermittelt worden. Weiterhin fehlen bei Fakepower (Wind-, Solar- sowie Biogasstrom) die Emissionen für den Bau, die Montage, die Demontage, Verwertung und Deponierung der Anlagen. Fakepower wird einfach als CO₂-emissionsfrei dargestellt. Die CO₂-Emissionen von den notwendigen Kohlenwasserstoffbrennstoffen für den Bau und die Verschrottung der Anlagen werden missachtet.

Auch Elektroautos werden als emissionsfrei dargestellt. Die hohen Emissionen durch Kohlenwasserstoffbrennstoffe zur Herstellung von Autos und Batterien werden ignoriert. Dazu kommt das Laden der Batterie mit Netzstrom, der rund zur Hälfte aus Kohlenwasserstoffbrennstoffen erzeugt wird. Zum Wohle der Profiteure der Energiewende werden hier Fakten unterschlagen.



Windrad in Gnoien am 7. August 2023 [1]

Stromkosten steigen

Gleichfalls wird über die überproportional zum Fakepower-Zubau steigenden Stromkosten geschwiegen. Behauptungen von Politikern, die Stromkosten würden mit dem weiteren Ausbau der Fakepower-Erzeugung in einigen Jahren sinken, kann man nur als reine Schutzbehauptungen ansehen. Die Fakepower-Stromkosten steigen durch immer höheren Regelaufwand für die schwankende Einspeisung und die Überproduktion bei Starkwind und Sonnenschein, die exportiert werden muss. Die Abschaltung von Fakepower-Anlagen bei Überproduktion wird weitgehend vermieden, um höhere Anteile von Fakepower bei der Stromversorgung zu dokumentieren.

So wird bei Starkwind und Sonnenschein immer häufiger zu viel Fakepower erzeugt, die exportiert werden muss, um das Netz vor einer Überlastung zu schützen und einen langfristigen Stromausfall zu vermeiden. Es gibt keine Stromspeicher, die über ein paar Pumpspeicherseen oder Batterien zur Abdeckung von Stromspitzen hinausgehen. Dieser "Export von Strom" kostet Geld. Die Börsenpreise werden negativ, bis sich Abnehmer finden. Der Export des Überschussstroms muss also zusätzlich zu den hohen Einspeisevergütungen nach dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) auch noch bezahlt werden. Laut dem EEX-Transparency-Dienst (Europäische Strombörsen) war im Mai 2024 der Börsenwert 14x negativ bei einem Spitzenwert von -13,5 ct/kWh (zu zahlender Zuschuss aus dem EEG-Kosten-Bilanz-Konto der BRD).

Teurer Export - teurer Import

Die Pumpspeicherkraftwerke, vorwiegend in Österreich, übernehmen diesen Strom und das "Exportgeld" gern und füllen damit ihre Wasserspeicher und ihre Kassen. Bei Dunkelflauten, wenn Wind und Sonne in der BRD keinen Strom liefern, springt Österreich ein und liefert zu hohen Preisen aus den Pumpspeicherwerken Strom zurück. Dies ist nur einer der Gründe für steigende Strompreise durch die Energiewende. Es gibt noch viele andere.

Fakepower erhöht Brennstoffverbrauch, also CO₂-Emissionen

Die vom Wetter abhängige Fakepower muss durch regelbare Kohle- und Gaskraftwerke auf die nachgefragte Netzleistung ergänzt werden. Die Kraftwerke laufen mit wechselnder Teillast mit. Der Brennstoffverbrauch und damit die CO₂-Emissionen pro Kilowattstunde steigen deutlich. Man kann es mit dem Autofahren vergleichen. Der Kraftstoffverbrauch steigt, wenn die Geschwindigkeit häufig gewechselt wird. Kraftwerke verbrauchen in Bereitschaft, also im Leerlauf, immerhin noch 10 Prozent des Brennstoffs für Volllast, ohne eine einzige Kilowattstunde zu erzeugen. Die Betriebsund Kapitalkosten bleiben bei Teillast gleich. Auch dies treibt die Kosten des Regelstroms bezogen auf die Kilowattstunde in die Höhe.

Verlustreiche Stromleitungen

Auch das Weiterleiten von Strom kostet Geld. Es gibt Widerstandsverluste und bei Wechselstrom Induktionsverluste. Für Überlandleitungen kommen noch Verluste für die Transformation des Stroms auf höhere Spannungen und zusätzlich für see- und erdverlegte Kabel die Umwandlung in Gleichstrom hinzu. Wird Strom von Nord- nach Süddeutschland geleitet, gehen rund 10 Prozent verloren. Die Verlustenergie erwärmt die Umgebung der Leitungen. Hinzu kommen die Kapital- und Wartungskosten für die Leitungen, Umspannwerke und Konverter-Stationen. Das Weiterleiten des Off-Shore-Stroms von der Einspeiseinsel im Windgenerator-Feld bis zum Festnetz an Land kostet etwa 5 Cent/Kilowattstunde, die in den Netzgebühren versteckt werden.

Stromverbraucher subventionieren Wärmepumpen und Elektro-Autos

Weitere Kostensteigerungen bringen das Gebäude-Energien-Gesetz (Heizungsgesetz) und die von der Politik vorangetriebene Elektromobilität. Wärmepumpen und Ladeanschlüsse (Wall-Boxen) für Elektroautos brauchen Leistungen bis zu 11 Kilowatt (kW) und zerstören durch diese hohe Last (bis zu 8 Stunden) das bisher im gesamten Niederspannungsnetz der BRD unterstellte geglättete Lastprofil. Für derartige hohe Lasten von vielen E-Car-Besitzern sind die Zuleitungen für Siedlungen zu schwach.

Zwar können einige Häuser einer Siedlung mit dieser Leistung versorgt werden, doch wenn immer mehr E-Car- und Wärmepumpenbesitzer diese Leistung anfordern, müssen bundesweit flächendeckend die Niederspannungsnetze (Zuleitungen zu den Wohnungen) verstärkt werden. Dies würde viele Milliarden Euro kosten, um nur für wenige Stunden (Auto aufladen) oder nur für die kalte Jahreszeit (Wärmepumpen) die gewünschte hohe Leistung bereitzustellen. Die Ausbaukosten müssten nach der derzeitigen Abrechnung alle Stromkunden mit höheren Grundgebühren bezahlen. Die vielen Stromkunden ohne Ladeanschluss für ein E-Auto und ohne Wärmepumpe würden gezwungen, die Betreiber von Wärmepumpen und E-Autos zu subventionieren.

Wer ein Elektroauto mit Ladeanschluss und/oder eine Wärmepumpe betreibt, müsste zwingend statt des üblichen leistungsunabhängigen Grundpreises einen Leistungspreis bezahlen. NAEB nimmt als Leistungspreis einen Wert von 200 EUR/kW an. Er muss für die höchste bezogene Leistung über mehr als 15 Minuten im Jahr gezahlt werden. Damit würde das Laden eines Elektro-Autos mit einer 11 Kilowatt Wall-Box zu einem Leistungspreis von 2.200 Euro/Jahr statt einer Grundgebühr von 50 bis 200 Euro führen. Preiswertes Laden der Autobatterie würde dann unmöglich sein.

Langfristig müssten die meisten Wohnungen mit den verstärkten Anschlüssen ausgestattet werden, ansonsten wären z.B. Wohnungswechsel von Besitzern von E-Cars nur noch stark eingeschränkt möglich. Wenn man den flächendeckenden Ausbau unterstellt, käme man zu einer jährlichen Netzkostenmehrbelastung von 96 Milliarden Euro nur im Niederspannungsbereich, der den Ausbau im Mittelspannungsbereich und im Übertragungsnetz mit weiteren Kosten nach sich ziehen würde. Der schon heute zu teure Strom würde um weitere 60 bis 70 Prozent teurer.

CO₂-Zertifikate sind die größten Preistreiber

Vorerst aber sind die CO_2 -Zertifikate die größten Preistreiber, die nach den grünen Ideologen und den Profiteuren der Energiewende immer teurer werden sollen. So wird der Kohlestrom, der für weniger als 5 Cent/Kilowattstunde erzeugt wird, zurzeit durch die Zertifikate um weitere 8 Cent verteuert. CO_2 -Zertifikate werden für die Einsparung von CO_2 -Emissionen erteilt. Besitzer von Elektroautos, die angeblich emissionsfrei sind, erhalten jedes Jahr Zertifikate im Wert von mehreren 100 Euro, die sie weiter verkaufen können. Auch für den Bau von Elektroautos gibt es Zertifikate. Ohne diese Zertifikate wäre die Tesla-Produktion ein Verlustgeschäft.

Würden die Einspeisevergütungen für Fakepower und die Bepreisung der CO₂-Emissionen beendet, würde das den Strompreis in der BRD halbieren. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit wäre wiederhergestellt. Die Abwanderung der Industrie würde gestoppt. Investoren würden sich wieder der BRD zuwenden. Staatliche Aufwendungen von jährlich über 100 Milliarden Euro für die Energiewende würden frei, um Transportwege zu sanieren und den Wohnungsbau zu verbessern sowie die Rentenversorgung zu stärken und andere dringend erforderlich volkswirtschaftlichen Maßnahmen durchzuführen.

Klare Ziele für eine wirtschaftliche Energieversorgung

Für diese Änderung der Politik müssen klare Ziele genannt werden. Anstelle des unklaren 1,5 Grad Ziels zur Weltklimarettung (Ausgangstemperatur, Weltdurchschnittstemperatur, Messfehler sind schwammig definiert) muss eine realistische Politik treten. Energie muss sicher verfügbar sein und optimal genutzt werden. Das ist nur mit Kohlenwasserstoffbrennstoffen möglich, am preiswertesten und sichersten mit Kohle. Fakepower verteuert und vernichtet Energie. Zusätzlich wird das Stromnetz destabilisiert. Kurzzeitige und langfristige Stromausfälle drohen.

Dennoch wollen die derzeitige Regierung, aber auch alle anderen etablierten Parteien und die Profiteure den Bau von Fakepower-Anlagen weitertreiben und sogar beschleunigen. Dazu werden steigende Kosten kaschiert bzw. als unabdingbar dargestellt. Die ideologische Devise lautet: "Weltklimarettung durch weniger CO₂". Diese wird den Menschen in der BRD ständig von den Medien eingehämmert. Die so erzeugte Angst macht die Menschen willig, für die Klimarettung zu zahlen und Umweltschäden in Kauf zu nehmen. Die Profiteure haben ganze Arbeit geleistet.

Der Stromverbraucherschutz NAEB hält dagegen, dass sechs Maßnahmen das allergrößte Unheil, die Vernichtung der industriellen BRD-Volkswirtschaft, verhindern:

Die Forderungen des Stromverbraucherschutzes NAEB

- 1. Klimawandel hinnehmen: EE-Strom aus Sonne, Wind und Biogas samt EEG beenden
- 2. Nord-Stream reparieren, weiterhin Erdgas statt Wasserstoff (H₂) nutzen
- 3. Weiterhin Kohlestrom nutzen, Kraftwerke reaktivieren, keine CO₂-Langzeitspeicherung
- 4. CO₂-Abgabe beenden, Klimaschutzgesetz aussetzen, Klimafonds und Transformationsfonds auflösen
- 5. kein Heizungsverbot, kein Wärmepumpenzwang, Wärmeschutzverordnung von 1995
- 6. E-Autos und Bio-Fuels stoppen

Diese sechs Aktionen gegen Ampel und CDU/CSU per AfD durchsetzen

Prof. Dr.-Ing. Hans-Günter Appel
Pressesprecher NAEB e.V. Stromverbraucherschutz
www.NAEB.de und www.NAEB.tv

- [1] Bildschirmkopie aus dem Video von Thomas Schröder
- [2] https://www.naeb.info/Beitritt.htm

Vereinsinformation

Elektrischer Strom ist nach den Personalkosten von Unternehmen ein ebenfalls großer Kostenbestandteil der deutschen Volkswirtschaft. Das EEG-Gesetz zur Einspeisung erneuerbarer Energien hat die direkten und indirekten Stromkosten wesentlich erhöht. Strom aus Windenergie oder Voltaik ins Strom-Netz einzuspeisen, ist physikalisch und wirtschaftlich unsinnig. Die Netzstabilität leidet dramatisch, und eine finanzielle Umverteilung auf Kosten von Stromkunden findet zugunsten der Renditen für Investitionen in Windkraftwerke und Voltaik statt. NAEB e.V. klärt über die per Gesetz geschaffenen Strukturen auf.

Vereinskontakt

Heinrich Duepmann NAEB Stromverbraucherschutz e.V. Georg-Büchner-Weg 3 33335 Gütersloh Fon 0171 336 4683 info at NAEB.info www.NAEB.info

Pressekontakt

Hans Kolpak NAEB Stromverbraucherschutz e.V. Georg-Büchner-Weg 3 33335 Gütersloh Fon 0171 336 4683 Hans.Kolpak at NAEB.info www.NAEB.tv

